Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Sonntags-Ausgabe

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht, Sonntags als Morgenausgabe, monatl. M. 18.—, vierteljährl. M. 50.—; für Abholer monatl. M. 9.50. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatl. M. 10.—, vierteljährl. M. 30.—; durch die Post innerhalb Deutschlands Gesamt-Ausgabe monatl. M. 7.5[illegible], vierteljährlich M. 2[illegible].50, Morgen-Ausgabe M. 5.—, Abend-Ausgabe M. 2.5[illegible], Sonntags-Ausgabe M. 1.— monatlich (ausschließlich Postbestellgebühr). Auslandsversand: monatl. M. 10.— u. Drucksachen-Preis. Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 40 Pf., Abend-Ausgabe 50 Pf. Sonntags-Ausgabe 50 Pf.

Hauptschriftleiter: Dr. Erich Everth, Leipzig.

114. Jahrgang

Anzeigenpreis: für Gr.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Nonpareillezeile M. 1.[illegible], von auswärts M. 1.2[illegible]; Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil die Nonpareillezeile M. 3.50, v. auswärts M. 5.—; kleine Anzeigen die Nonpareillezeile M. 1.40, von auswärts Mk. 1.50, Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagenpreise für die Gesamtauflage das Tausend Mk. 12.— netto, für Teilauflage das Tausend Mk. 15.— netto, für Postauflage Postgebühr extra. Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693 und 14694. — Postscheckkonto 7508.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Johannisgasse Nr. 8.

Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig.

Nr. 212 — Sonntag, den 9. Mai — **1920**

Korvetten-Kapitän Ehrhardt geflohen

Ehrhardt verläßt seine Brigade

Berlin, 8. Mai. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Korvettenkapitän Ehrhardt, der Führer der zweiten zurzeit im Munsterlager in der Auflösung begriffenen Marinebrigade, hat mit dem heutigen Tage den Befehl über die Brigade niedergelgt und das Lager verlassen. In einem Abschiedsbrief an die Truppen, der heute vormittag durch den Chef des Stabes, Major von Falkenhausen, den Soldaten mitgeteilt worden ist, sagte er: „Ich habe meinen bisherigen Entschluß, mich freiwillig in Haft zu begeben, aufgegeben. Entscheidend war für mich der feste Wille der Brigade, weder eine gewaltsame Festnahme noch eine freiwillige Stellung zuzulassen. Mit beeinflußt hat mich, daß mir von allen Seiten von einer Gestellung abgeraten wurde. Auch nicht eine Stelle hat mir zugeraten. Leicht ist mir der Entschluß nicht geworden, in Sicherheit zu gehen, aber ich konnte und durfte die Truppe nicht in die Lage bringen, für mich mit der Waffe einzustehen oder mich in Schutz nehmen zu lassen. Das Volk wird es einsehen, was es mit der Brigade verloren hat, wenn es geschehen ist. Wohin Sie auch kommen, halten sie das Banner der Brigade weiterhin hoch. Der anständige Mann wird immer durchkommen, und **kommt es erneut zu ernsten Kämpfen in unserem ermüdeten Vaterlande, so hoffe ich, daß uns die alte Kriegsflagge, die wir wieder zu Ehren gebracht haben, erneut vereint.**"

Korvettenkapitän Ehrhardt hatte dem Chef der Heeresleitung General von Seeckt beim Abmarsch von Döberitz nach dem Munsterlager das Wort gegeben, daß er für die Auflösung der Brigade sorgen werde, die bis Ende Mai durchgeführt sein sollte. Etwa ein Fünftel der Brigade ist tatsächlich heute bereits in das Zivilleben zurückgekehrt, der Rest wird zum größten Teil bis Ende des Monats entlassen sein, der kleinere Teil, der bis dahin noch nicht eine neue Stellung gefunden hat, wird noch zusammenhalten und allmählich mit Hilfe der Gewerkschaften und der Arbeitsnachweise bürgerlichen Berufen zugeführt werden. Ein Teil der entlassenen Leute wird voraussichtlich Siedlungsland unter sachverständiger Führung von der Regierung erhalten. Die Offiziere sollen zum größten Teil aus dem Militärdienst ausscheiden, ein kleiner Teil, sowie die Deckoffiziere und Unteroffiziere in die Reichsmarine aufgenommen werden. Wohin Korvettenkapitän Ehrhardt selbst sich gewendet hat, ist nicht bekannt.

* * *

Wie die „Dena" berichtet, hat die Korrespondentin der „Daily News", Frau Stan Hardinge, eine Unterredung mit dem Kapitän Ehrhardt im Munsterlager gehabt. Auf die Frage, welcher Ursache er das Mißlingen des Kapp-Putsches zuschreibe, erwiderte Kapitän Ehrhardt, ohne sich zu besinnen: „Nicht dem Generalstreik, sondern den Intrigen jüdischer Unterstaatssekretäre, denen es gelungen war, einen Streik der Regierungsbeamten herbeizuführen und so die Staatsmaschine lahmzulegen. Wir haben es unterlassen, diese Unterstaatssekretäre zu erschießen, ein bedauerliches Versehen! Die Feigheit des Bürgertums ist ebenso verantwortlich für unseren Mißerfolg. Die Bürgerlichen waren zwar über unseren Putsch entzückt, blieben aber zu Hause und wuschen ihre Hände in Unschuld, anstatt offen herbeizueilen und uns zu helfen." Vom Generalstreik meinte der Kapitän, daß eine Regierung, die eine starke Militärmacht hinter sich hätte, durch den Generalstreik nicht bezwungen werden könnte. Im Rahmen dieser Unterredung gebrauchte Ehrhardt auch den bezeichnenden Ausdruck: „Das Militär muß die Ordnung aufrechterhalten und Plünderungen verhindern und die Regierung muß soviel Nerven haben, einmal 10000 Menschen im nördlichen Berlin Hungers sterben zu lassen, dann wird das Volk für eine Weile wohl keinen zweiten Generalstreik unternehmen."

„Auch in Frankreich gibt es eine Frage der Schuldigen"

Paris, 8. Mai. (Drahtbericht.) Der sozial-radikale Politiker Franklin Boullon richtet im „Matin" einen scharfen Angriff gegen Clemenceau und Tardieu als Urheber des für Frankreich unseligen Friedensvertrages; er schreibt: Auch in Frankreich gibt es eine Frage der Schuldigen, und die Stunde ist nahe, wo sie gerichtet werden sollen.

Der Streit um Spa

Seitdem in San Remo beschlossen worden ist, deutsche Vertreter zur Konferenz in Spa zuzuziehen, erleben wir, wie schon so oft, das Schauspiel eines heftigen englisch-französischen Pressekampfes. Kaum war es bekannt geworden, daß deutsche Vertreter der kommenden Konferenz zugezogen werden sollten, wurde von Paris aus sofort der Versuch gemacht, die dem bisherigen Einfluß und der Sonderpolitik Frankreichs drohenden Gefahren von vornherein auszuschalten. Zugleich las man in den Boulevardblättern, daß die deutschen Vertreter nicht gleichberechtigt den Alliierten gegenüberstehen, sondern daß sie nur die Forderungen der Entente entgegennehmen sollten und höchstens über den Modus der Ausführungen mitsprechen dürften. Englischerseits wurde sogleich betont, daß die deutschen Vertreter als gleichberechtigte Verhandlungsteilnehmer in Spa erscheinen würden. Seitdem sind Tage ins Land gegangen, und den erst so eindeutig ausgesprochenen englischen Standpunkt findet man kaum noch in der Londoner Presse. Jedenfalls wird er nur vereinzelt und bei weitem nicht mit der ursprünglichen Entschiedenheit vertreten. Es ist höchst bemerkenswert, daß „Daily Chronicle", das bekanntlich Lloyd George nahesteht, vor 2 Tagen geschrieben hat, der deutsche Kanzler werde nicht an den Erörterungen teilnehmen, die den Betrag und den Zahlungsplan der Entschädigung betreffen. Wenn damit die Ansicht der englischen Regierung wiedergegeben wäre, so bedeutete dies einen abermaligen Rückzug vor dem französischen Verlangen. Die Pariser Presse hätte dann wiederum einen Sieg erfochten. Für die gesamte internationale Lage aber wäre der Fortschritt kaum zu erkennen, wenn die deutschen Vertreter, wie in Versailles, nur das Diktat entgegenzunehmen hätten. Der Fortschritt, daß die Deutschen über den Modus der Ausführungen mitsprechen dürften, wäre doch in der Tat zu gering, und es bliebe wohl zu überlegen, falls die Entente der deutschen Vertretung eine solche Rolle wirklich zudenkt, ob der Reichskanzler, wenigstens für seine Person, auf die Teilnahme in Spa nicht verzichten sollte.

Inzwischen hat Dr. Mayer in Paris den Wunsch der deutschen Regierung übermittelt, in Spa möchte die Gesamtsumme der von Deutschland zu zahlenden Entschädigung festgesetzt werden. Das ist die zweite große Streitfrage, die jetzt die französische und englische Oeffentlichkeit in Atem hält. Die Franzosen würden es am liebsten sehen, wenn überhaupt kein fester Betrag genannt würde, sondern wenn ihnen jeweils das Recht zustände, die Forderungen zu erhöhen. Sie wollen also auch die Finanzforderungen genau so dehnbar halten, wie die übrigen Ansprüche aus dem Versailler Vertrag. Das Bestreben ist ganz offensichtlich, immer von neuem an Deutschland mit Forderungen herantreten, das deutsche Volk immer wieder strangulieren zu können. Die Pariser möchten dann, wenn Deutschland vielleicht einen gewissen wirtschaftlichen Aufschwung genommen hätte, das Mittel in der Hand haben, diese Entwicklung zu hemmen, wenigstens sie nicht zu einer beachtlichen Konkurrenz auswachsen zu lassen, und die Früchte einer solchen neuen Blüte für die eigene Tasche zu sichern. Die „Times", die ja auch [illegible] einen mündlichen Meinungsaustausch mit Deutschland sind, unterstützen selbstverständlich die französischen Absichten. Schon die Opposition der „Northcliffe-Presse" gegen Lloyd George bestimmt sie dazu. Auf der anderen Seite aber kann man mit Befriedigung feststellen, daß der realpolitische Sinn der Engländer die Bedenken ausspricht, die mit einer solchen französischen Kautschukpolitik verbunden sind. Eine ganze Anzahl der vernünftigen Blätter weist darauf hin, daß Deutschland keine Veranlassung habe, seine volle Arbeitskraft einzusetzen, wenn es wisse, daß es dadurch nur die Höhe der zu zahlenden Kriegsentschädigung selbst steigere. Unter den gegenwärtig schwankenden Verhältnissen wünscht man, wenigstens in diesem Punkte mit festen Tatsachen rechnen zu können. Man erkennt, daß die sich jedes Jahr wiederholende Festsetzung der Entschädigungssumme jedesmal eine politisch-wirtschaftliche Krise auslösen würde, und dies wird vor allen Dingen von den wirtschaftlich interessierten Kreisen als sehr bedenklich verworfen.

Es ist ein besonderes Verdienst der „Daily News", daß sie den Zusammenhang aufdecken, der zwischen der deutschen Entwaffnungsfrage und der Kriegsentschädigungsfrage besteht. Die Kosten für die Besatzung haben nach dem Friedensvertrag den Vorrang. Sie kommen in erster Linie auf die französische Rechnung. Nun vermöchte wohl durch eine Entwaffnung Deutschlands die Stärke der alliierten Besatzungstruppen bedeutend herabgesetzt zu werden. Aber Frankreich zeigt das Bestreben, einen beträchtlichen Teil des stehenden französischen Heeres in das besetzte Gebiet zu verlegen, und so unter der Flagge „Besatzungstruppen" sich den eigenen Heeresaufwand von Deutschland zum großen Teil bezahlen zu lassen. Es würde sich dann ergeben, daß Deutschland für die Erhaltung der Militärmacht desjenigen Staates arbeitete, der mit seinem Militär das deutsche Volk in dauernder Sklaverei halten will.

Mit Rücksicht auf alle diese Fragen wird es notwendig sein, daß die deutsche Regierung nicht nur der französischen versichern läßt, sie würde den Beratungen von Spa großen Wert beimessen, sondern daß sie sich über ihre Haltung den angedeuteten Gefahren gegenüber klar wird. Vor allem auch sollte sie bald mit ihrem Programm für Spa an die Oeffentlichkeit treten, damit den Bestrebungen der übelgesinnten Presse, wie beispielsweise der „Times", die Spitze abgebrochen wird, die ja überhaupt den bösen Willen und die Hinterhältigkeit der deutschen Regierung zu beweisen suchen. m.

* * *

Wie unsere Berliner Schriftleitung mitteilt, ist von seiten der Regierung seinerzeit bei der Uebergabe der Einladung durch den italienischen Geschäftsträger in Berlin ein Bedauern ausgesprochen worden über den gewählten Zeitpunkt, der im Hinblick auf die unmittelbar danach folgenden Wahlen der deutschen Regierung nicht sehr angenehm sei, aber die Einladung ist angenommen worden und es ist von deutscher Seite kein Wunsch geäußert und keineswegs der Antrag gestellt worden, die Konferenz zu vertagen. Wir wissen auch nicht, welcher Grund die Regierung dazu veranlassen könnte. Entscheidungen noch weiter hinauszuschieben, auf die wir schon seit langem warten und die für Deutschlands Wiederaufbau, für den Erhalt unserer Kredite im Auslande die allergrößte Bedeutung haben. Allerdings haben die Franzosen bisher noch keine Miene gemacht, die Besetzung des Mainzaues aufzuheben, und sie scheinen im Gegenteil versuchen zu wollen, die Besetzung noch weiter auszudehnen, und dieser Wunsch scheint sie bei ihrer Pressekampagne zu bestimmen. Dann mögen sie vielleicht recht haben, daß der Termin der Konferenz noch zu früh ist, denn die deutschen Regierungsvertreter dürften sich kaum in Spa mit den Franzosen an den Verhandlungstisch setzen, solange die widerrechtliche Besetzung des Mainzaues andauert, zumal wenn sie nur als eine Art „vortragender Räte" nach Spa befohlen werden und keine wirklichen Verhandlungen beabsichtigt sind, wie dies der Reichsfinanzminister gestern auch in Dresden ausdrücklich betont hat.

Der rechte Weg

Von

Gustav Schneider-Sachsen, M. d. R.

Die innere politische Lage ist gefahrvoller als vor einem Jahre. Damals drohte nur die Putschgefahr der äußersten Linken, die auf den Widerstand der übergroßen Mehrheit des ganzen Volkes, auch der demokratisch gesinnten Arbeiter stieß. Jetzt ist die Putschgefahr von Rechts hinzugekommen, die geschlossene Abwehrfront nach der äußersten Linken aufs empfindlichste schwächend. Man braucht nur nach Pommern, nach Ostpreußen, nach dem Munsterlager, nach Bayern zu blicken, wo die Weisungen der Regierung mit offenem oder versteckten Hohn behandelt werden, um zu erkennen, wie stark die militärische Nebenregierung sich fühlt. Wie weit verzweigt der Kapp-Lüttwitz-Putsch war, wird mit jedem Tage offenkundiger; offenkundig ist aber auch, daß diese Organisation mit dem Kapp-Putsch nicht zusammengebrochen ist. Sie ist da, arbeitet und wartet auf den günstigen Augenblick des Losschlagens. Der Gegensatz der preußischen und bayrischen Militaristen ist zwar nicht überwunden; die einen wollen die Hohenzollern, die andern die Wittelsbacher wieder auf den Thron setzen, aber darin sind sie einig: Der freie Volksstaat muß beseitigt werden! Um dieses Ziel zu erreichen, scheut man auch die Verbindung mit den Feinden nicht. Oberst Bauer hat es ausgesprochen, daß zwar nicht alle, aber doch einige der Alliierten von dem Kapp-Putsch wußten und ihn billigten. Die Triarier Ostpreußens suchen Verbindung mit den Polen; sie wollen lieber Vasallen des polnischen Staates sein, als Bürger des freien deutschen Volksstaates. Die Kreise in Bayern knüpfen zynisch an den Napoleonischen Rheinbundgedanken an; Anlehnung an Frankreich, wenn sie als Lohn die Loslösung von Deutschland und die Angliederung Oesterreichs und Tirols erhalten. So ist der deutsche Gedanke bei früheren Mitträgern der Vaterlandspartei entartet. **Auch das Letzte, was wir aus diesem opferreichen Kriege gerettet haben, die deutsche Einheit, wollen sie hingeben, um ihrer selbstsüchtigen, staatsfeindlichen Ziele willen.** Der Kampf um diese Ziele führt durch ein Meer kostbaren deutschen Blutes.

Man kann die tiefe Sehnsucht im deutschen Volke nach Ruhe, Ordnung und Sicherheit verstehen. Von ihr sind weite Kreise der Arbeiterschaft ebenso erfüllt, wie die der Bürgerschaft. Aber diese Sehnsucht wird weder erfüllt, wenn man tatenlos beiseite steht, noch wenn man unentwegt nach der Gewalt ruft, um die Unzufriedenen niederzuhalten. Mit Gewalt sind aus Unzufriedenen nicht Zufriedene zu machen; mit viel größerer Wahrscheinlichkeit ist damit zu rechnen, daß die brutale Gewalt die Schar der Unzufriedenen vermehrt. Das liegt in der ganzen traurigen Lage, mit der doch schließlich jeder unzufrieden ist, die aber daraus entstand, daß wir ein besiegtes Volk sind. Diese Tatsachen müssen erkannt werden, denn aus dieser Erkenntnis folgt die andere, daß keine Regierung, aus welchen Parteien auch immer sie gebildet sein mag, imstande wäre, bessere Daseinsbedingungen zu schaffen. Unsere traurige Lage ist doch die unmittelbare Folge einer geradezu gigantischen Gewaltpolitik, die alles Vertrauen in die Vernunft der Staatsleiter zerstört hat. Ist es denkbar, daß die gleiche Politik das Zerstörte wieder aufbauen kann? Es gehört die ganze Kraft einseitigen militärischen Denkens dazu, um das zu glauben.

Nüchterne, politische Ueberlegung, die alle im Volke wirkenden Kräfte in ihre Berechnungen einstellt, wird anders urteilen. Mag ein Teil der Bürgerschaft, umgaukelt vom alten militärischen Geiste, hoffen, durch ihn und mit ihm die Kraft der Massen wieder brechen zu können, und sich deshalb den Parteien der Rechten wieder zuwenden. So groß wird dieser Teil nie wieder, daß er eine tragfähige Regierung bilden könnte. Eine Regierung, die das Vertrauen der Arbeiter, Angestellten und Beamten nicht hat, ist unmöglich. Das haben auch die Kapp und Lüttwitz erkannt und gar nicht gescheut, sogar mit den Unabhängigen zu verhandeln. In der Regierung mußten die Parteien der Rechten genau das Gleiche tun, was viele Bürgerliche der Demokratischen Partei zum Vorwurf machen; mit den Mehrheitssozialisten zusammengehn. Was gewinnt also das Bürgertum, wenn es aus müder Verärgerung nach rechts wandert? Nichts!

Aber welchen Gefahren setzt es sich aus? Jede Stärkung der Rechten ist eine Stärkung der militärischen Nebenregierung. Der Kapp-Putsch ist zusammengebrochen, weil er nicht nur auf den Widerstand der gesamten Arbeitnehmerschaft, sondern auch den des fast gesamten Bürgertums stieß. Könnten die putschsüchtigen Militärs hoffen, daß der gegen sie gerichtete Wille des Bürgertums geschwächt wäre, so würden sie zu neuem Schlage ausholen. Dieser Schlag würde wieder automatisch den Generalstreik herbeiführen, auch ohne besondere Aufforderung. Noch mehr, er würde den großen Teil der Arbeiter, Angestellten und Beamten, die bereit sind, auf der gegenwärtigen Staatsgrundlage mitzuarbeiten, in die Arme der Linksradikalen treiben. Ein Bürgerkrieg würde entfesselt werden, der auch die letzten Reste unseres Wirtschaftslebens vernichten würde. Militärische Putsche heben eben letzten Endes den Bolschewismus in den Sattel. Das hat sich im Ruhrgebiet gezeigt. Nichts hat den Bolschewismus in Rußland stärker gefördert, als die militärischen Unternehmungen zahlreicher ehrgeiziger Generale. Sollten nicht gerade die Industriellen und Kaufleute die Dinge einmal aus diesen Gesichtspunkten erwägen und prüfen?

Gerade von ihnen fordert allerdings die neue Entwicklung mancherlei Opfer, das soll nicht verkannt werden. Auf sie stürmen die Forderungen und Wünsche der Arbeiter und Angestellten am stärksten ein, sie unterliegen daher am leichtesten den Eindrücken ihrer persönlichen Erfahrung, wenn sie nicht an das Schicksal der Gesamtheit denken. Schließlich hängt aber auch